



Freitag, 04. September 2026, 15:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Ein Herz für Völkermörder

Treueschwüre gegenüber der israelischen Regierung ziehen Deutschland mit in den Abgrund und erschweren es den Tätern, ihren Kurs zu korrigieren.

von Uwe Froschauer

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (AlexAnton, FatihYavuz)

Was bedeutet eigentlich „Freundschaft“? Zu allem Ja sagen und gegenüber dem „Freund“ niemals

unbequeme Wahrheiten aussprechen? Ist es sinnvoll, selbst schlimmste Verfehlungen des Anderen solidarisch abzunicken? Dies ist in zweierlei Hinsicht falsch. Erstens ersparen wir dem „Freund“ damit den Blick in einen ehrlichen Spiegel, der die Chance auf Besserung beinhalten würde. Und zweitens passen wir unser Niveau damit nach unten an, werden mitgerissen in einem Strudel von Verbrechen, Verleugnung und ethischer Verwahrlosung. Genau in dieser Situation befindet sich Deutschland seit Jahren mit seinem angeblich der „Staatsräson“ dienenden Kurs gegenüber Israel. Der Autor zitiert in seinem Beitrag furchtbare und menschenverachtende Äußerungen israelischer Politiker und macht deutlich, wie absurd es ist, ausgerechnet durch die Nibelungentreue zu Massenmördern die Verbrechen des Nationalsozialismus „aufarbeiten“ zu wollen.

„Deutschland steht fest an der Seite Israels.“

Diesen Satz hören wir seit Jahren. Er wird von deutschen Politikern wie ein Glaubensbekenntnis vorgetragen. Die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson. Solidarität mit Israel sei unverbrüchlich. Deutschland stehe fest und unerschütterlich an der Seite des jüdischen Staates.

Ich frage mich inzwischen allerdings: An wessen Seite steht Deutschland da eigentlich? An der Seite der israelischen Bevölkerung? An der Seite der Menschen, die am 7. Oktober 2023 Angehörige verloren haben? An der Seite der Geiseln und ihrer Familien? An der Seite der zahlreichen Israelis, die selbst gegen die

Politik ihrer Regierung protestieren? Oder steht Deutschland an der Seite einer Regierung, unter deren Verantwortung Zehntausende Menschen im Gazastreifen getötet wurden?

Allein bis zum 3. Februar 2026 wurden nach den von UNICEF wiedergegebenen Zahlen 71.803 getötete Palästinenser im Gazastreifen gemeldet. Darunter befanden sich mindestens 21.289 Kinder. Weitere 171.230 Menschen wurden verletzt, darunter rund 44.500 Kinder.

21.289 getötete Kinder.

Und diese Zahlen markieren keineswegs das Ende des Sterbens. Auch danach wurden weitere Palästinenser getötet. Verschiedene Untersuchungen gehen zudem davon aus, dass die tatsächliche Zahl der Opfer deutlich höher liegt. Doch schon die offiziellen Zahlen reichen aus, um eine Frage zu stellen, die in Deutschland selten gestellt wird:

Was bedeutet es eigentlich, wenn deutsche Politiker immer wieder erklären, Deutschland stehe „fest an der Seite Israels“?

Solidarität mit der israelischen Bevölkerung ist nicht gleichbedeutend mit Gefolgschaft gegenüber der israelischen Regierung. Und Staatsräson darf nicht bedeuten, bei möglichem Unrecht wegzusehen. Wer also sagt, Deutschland stehe fest an der Seite Israels, sollte auch beantworten können:

An der Seite welches Israels?

Bevor ich mich dieser Frage zuwende, lohnt ein kurzer Blick zurück. Wer über Israel und Palästina urteilen will, sollte zumindest in Grundzügen wissen, wie dieser Staat entstanden ist.

Israel — eine sehr kurze Geschichte eines langen Konflikts

Ein entscheidender politischer Meilenstein auf dem Weg zur Gründung Israels war die Balfour-Erklärung vom 2. November 1917. Damals erklärte die britische Regierung, sie befürworte die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ in Palästina. Das Gebiet gehörte zuvor zum Osmanischen Reich und geriet nach dem Ersten Weltkrieg unter britische Kontrolle. Großbritannien erhielt später das Mandat des Völkerbundes über Palästina. Die Balfour-Erklärung floss in die britische Mandatspolitik ein.

Das Problem lag schon damals unmittelbar auf der Hand: Palästina war kein menschenleeres Land. Dort lebten Araber — Muslime und Christen — ebenso wie Juden. Mit der zunehmenden jüdischen Einwanderung verschärften sich die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen. Der europäische Antisemitismus und insbesondere die nationalsozialistische Judenverfolgung verstärkten zunehmend den Wunsch vieler Juden nach einem eigenen sicheren Staat.

Die Gründe dafür sind mehr als nachvollziehbar. Juden waren über Jahrhunderte verfolgt, ausgegrenzt, vertrieben und ermordet worden. Der deutsche Nationalsozialismus führte diese Verfolgung schließlich mit der Shoah in die systematische Ermordung von rund sechs Millionen europäischen Juden.

Wer die Entstehung des Nahost-Konflikts verstehen will, sollte die Geschichte nicht ausblenden, aber ebenso wenig die Geschichte der Palästinenser.

1947 beschloss die UN-Generalversammlung einen Teilungsplan. Das britische Mandatsgebiet sollte in einen jüdischen und einen

arabischen Staat aufgeteilt werden. Jerusalem sollte einen internationalen Sonderstatus erhalten. Die jüdische Führung akzeptierte den Plan im Grundsatz, die arabische Seite lehnte ihn ab.

Am 14. Mai 1948 rief David Ben-Gurion den Staat Israel aus. Unmittelbar darauf begann der erste arabisch-israelische Krieg. Für Israelis wurde 1948 zur Geburtsstunde ihres Staates. Für Hunderttausende Palästinenser bedeuteten die Ereignisse dieser Zeit Flucht und Vertreibung sowie den Verlust ihrer Heimat. In der palästinensischen Erinnerung tragen sie bis heute einen Namen: Nakba – die Katastrophe.

Damit stehen sich bis heute zwei historische Erfahrungen gegenüber: Für die einen bedeutete die Gründung Israels endlich einen eigenen Staat und die Hoffnung auf Sicherheit nach Jahrhunderten der Verfolgung. Für die anderen bedeutete sie Flucht, Vertreibung und Heimatverlust.

Die Geschichte der Juden führt für mich zu einer Grundsatzüberlegung. Ein Volk, das erfahren musste, wohin Verfolgung, Entrechtung und Entmenschlichung führen können, sollte besonders sensibel dafür sein, wenn anderen Menschen ihre Würde abgesprochen wird. Die heutige Situation im Gazastreifen ist nicht einfach mit der Shoah gleichzusetzen. Historische Ereignisse haben ihre jeweils eigenen Ursachen, Dimensionen und Verbrechen. Aber die Lehre aus der Geschichte darf doch nicht lediglich lauten:

Nie wieder Verfolgung von Juden.

Sie muss lauten:

Nie wieder Entmenschlichung – gegenüber niemandem.

An diesem Punkt wird es unangenehm. Wenn führende israelische

Politiker Palästinenser als „menschliche Tiere“ bezeichnen, wenn ganze Bevölkerungsgruppen für verantwortlich erklärt werden, wenn von Vertreibung gesprochen wird oder ein Minister darüber fabuliert, Nacht für Nacht Dutzende Palästinenser gezielt töten zu lassen, dann kann Deutschland nicht einfach den politischen Standardsatz aufsagen:

„Wir stehen fest an der Seite Israels.“

Dann muss man genauer hinsehen.

Was sagen die Männer, an deren Seite Deutschland offenbar so fest steht, eigentlich über die Palästinenser?

Die Sprache der Entmenschlichung

Itamar Ben-Gvir: „30 oder 40 von ihnen jede Nacht“

Itamar Ben-Gvir ist Israels Minister für nationale Sicherheit und damit Mitglied der Regierung von Benjamin Netanjahu. Am 16. August 2026 erklärte Ben-Gvir in einem Podcast, Israel solle jede Nacht gezielt 30 oder 40 Menschen im Gazastreifen töten.

„Man muss ihnen einen Preis abverlangen. Jeden Tag. 30 oder 40 von ihnen jede Nacht.“

Damit nicht genug. Ben-Gvir erklärte weiter, es gebe Menschen in Gaza, die es nicht verdienten zu leben. Als Beispiele nannte er unter anderem Menschen, die den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober gefeiert hätten. Israel müsse diese Menschen gezielt töten. Nicht festnehmen. Nicht vor Gericht stellen. Töten.

Ben-Gvir sprach außerdem erneut davon, die palästinensische

Bevölkerung Gazas zur Auswanderung zu bewegen. Seit Langem vertritt er die Idee einer „freiwilligen Emigration“.

Yoav Gallant: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere“

Auch der damalige israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant fand unmittelbar nach dem Terrorangriff der Hamas Worte, die aufhorchen lassen. Am 9. Oktober 2023 kündigte er die vollständige Abriegelung des Gazastreifens an:

„Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Treibstoff.“

Dann folgte der Satz, der weltweit bekannt wurde:

„Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir handeln entsprechend.“

Gallant äußerte diese Worte im Zusammenhang mit der Ankündigung der vollständigen Belagerung Gazas. Später erklärte er, seine Formulierung habe sich auf die Hamas bezogen. Das ändert nichts daran, dass die Aussage im Kontext einer Maßnahme fiel, die die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens betraf. Menschen als „menschliche Tiere“ zu bezeichnen, ist Entmenschlichung in ihrer reinsten sprachlichen Form.

Isaac Herzog: „Eine ganze Nation ist verantwortlich“

Noch deutlicher wurde Israels Staatspräsident Isaac Herzog am 12. Oktober 2023.

„Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist.“

Herzog wandte sich ausdrücklich gegen die Behauptung, Zivilisten in Gaza hätten nichts mit den Ereignissen zu tun:

„Diese Rhetorik, dass Zivilisten nichts wussten, nicht beteiligt waren, ist absolut nicht wahr.“

Später betonte Herzog, seine Worte seien verkürzt beziehungsweise falsch interpretiert worden und er habe nicht die Absicht gehabt, Zivilisten zu legitimen Angriffszielen zu erklären.

Bezalel Smotrich: Gaza „vollständig zerstören“

Bezalel Smotrich ist Finanzminister Israels. Im Mai 2025 erklärte er bei einer Konferenz zur israelischen Siedlungspolitik:

„Gaza wird vollständig zerstört.“

Die Bevölkerung werde sich in einem kleinen Gebiet im Süden konzentrieren und von dort in großer Zahl in andere Länder ausreisen. Smotrich sprach auch an anderer Stelle offen über eine massive Verringerung der palästinensischen Bevölkerung Gazas. Bereits Ende 2023 hatte er erklärt, Israel solle die „freiwillige Migration“ der Bewohner Gazas fördern.

Wer Menschen durch Bombardierungen, Zerstörung und den Entzug ihrer Lebensgrundlagen zur Flucht treibt, kann anschließend kaum von ‚freiwilliger Migration‘ sprechen.

Benjamin Netanjahu und „Amalek“

Benjamin Netanjahu griff zu einer historisch und religiös hoch aufgeladenen Sprache. Am 28. Oktober 2023 sagte er:

„Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat.“

Amalek ist in der hebräischen Bibel der Erzfeind Israels. Im ersten Buch Samuel findet sich der Befehl, Amalek vollständig zu vernichten — Männer und Frauen, Kinder und Säuglinge. Netanjahus

Büro erklärte später, der Ministerpräsident habe mit seiner Bezugnahme ausschließlich die Hamas und deren Terroristen gemeint. Auch Netanjahu selbst wies die Interpretation zurück, er habe damit zur Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung aufgerufen. Ein netter Versuch, Herr Netanjahu! Warum aber verwendet ein Regierungschef mitten in einem Krieg gegen ein dicht besiedeltes Gebiet überhaupt eine biblische Vernichtungsmetapher?

Israel Katz: „Kein Strom und kein Wasser“

Israel Katz, heute israelischer Verteidigungsminister, schrieb bereits im Oktober 2023, damals als Energieminister:

„Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein elektrischer Schalter wird eingeschaltet, kein Wasserhahn geöffnet und kein Tankwagen wird einfahren, bis die israelischen Entführten nach Hause zurückkehren.“

Damit wurde die Versorgung einer ganzen Bevölkerung ausdrücklich mit dem Verhalten der Hamas und der Freilassung der Geiseln verknüpft. Millionen Menschen wurden faktisch in Mithaftung genommen.

Einzelfälle?

Man könnte erklären, jede dieser Aussagen sei im Zorn nach dem Massaker des 7. Oktober gefallen. Man könnte auf Übersetzungen, Zusammenhänge oder spätere Klarstellungen verweisen. Bei einem einzelnen Satz wäre das vielleicht überzeugend. Hier sprechen wir jedoch über Aussagen eines Ministerpräsidenten, eines Staatspräsidenten, eines Verteidigungsministers, eines Finanzministers, eines Energieministers und eines Ministers für nationale Sicherheit.

„Menschliche Tiere.“

„Eine ganze Nation ist verantwortlich.“

„Gaza wird vollständig zerstört.“

„30 oder 40 von ihnen jede Nacht.“

Hinzu kommen Forderungen nach Vertreibung oder „freiwilliger Emigration“ Hunderttausender Palästinenser.

Worte allein töten zwar keine Menschen, schaffen aber ein Klima, in dem ethische Grenzen verschoben werden können. Wer Menschen entmenslicht, erleichtert es, ihnen Rechte abzusprechen. Deutschland kennt diese Mechanismen aus seiner eigenen Geschichte. Umso fragwürdiger ist die politische Antwort aus Berlin.

„Deutschland steht fest an der Seite Israels.“

Wer hat in Deutschland eigentlich diesen Satz gesagt? Und wie weit reicht diese Solidarität?

Schauen wir nach Berlin

Der Satz hat eine lange Vorgeschichte. Angela Merkel erklärte 2008 vor der Knesset, die Sicherheit Israels gehöre zur deutschen Staatsräson. Was ursprünglich die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Existenz und Sicherheit Israels ausdrücken sollte, entwickelte sich zunehmend zu einer politischen Formel, die kaum noch hinterfragt wird. Auch Friedrich Merz hält daran fest. In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler im Mai 2025 erklärte er:

„Existenz und Sicherheit des Staates Israel sind und bleiben unsere Staatsräson.“

Bei seinem Besuch in Israel im Dezember 2025 ging Merz noch weiter. Zur besonderen Beziehung zwischen Deutschland und Israel sagte er:

„Daran wird sich nach meinem festen Willen niemals etwas ändern.“

Niemals?

Politik sollte sich an Handlungen orientieren. Freundschaft auch. Wer einem Freund sagt, er werde unter allen Umständen zu ihm stehen, nimmt sich selbst die Möglichkeit, irgendwann eine Grenze zu ziehen. Wo liegt diese Grenze für die deutsche Bundesregierung?

Bei 20.000 getöteten Kindern?

Bei 50.000?

Bei einem israelischen Minister, der davon spricht, jede Nacht 30 oder 40 Palästinenser gezielt töten zu lassen?

Außenminister Johann Wadephul bezeichnete Israel noch im Juli 2026 vor einer Reise dorthin als „engen Freund und Partner“. Deutschland und Israel seien zudem durch eine „gegenseitige Sicherheitspartnerschaft verbunden“. Bereits im Januar hatte Wadephul erklärt, aus der deutschen Geschichte folge als zentrale Lehre das Einstehen für Existenz und Sicherheit Israels. Das gehöre zum „unveränderlichen Wesenskern“ der deutsch-israelischen Beziehungen.

„Unveränderlicher Wesenskern“ ... wenn ich so etwas schon höre!
Was soll daran vernünftig sein, eine politische Haltung für

„unveränderlich“ zu erklären? Politik muss auf Entwicklungen und auf das Handeln eines Partners reagieren können.

***Wer seine Haltung für unveränderlich erklärt,
verabschiedet sich von dieser notwendigen Flexibilität.
Freundschaft braucht Grenzen. Solidarität auch.***

Immerhin: Die jüngsten Äußerungen Ben-Gvirs waren inzwischen selbst Berlin zu viel. Wadehul bezeichnete sie als „unsäglich und völlig inakzeptabel“. Über mögliche Sanktionen gegen Ben-Gvir will Deutschland nun innerhalb der Europäischen Union beraten. Bislang hatte Deutschland solche Sanktionen nicht unterstützt.

Die Frage bleibt: Wie viel muss eigentlich passieren, bis aus Worten Konsequenzen werden?

„Es gibt keinen Völkermord in Gaza“

Besonders fragwürdig und auch dümmlich fand ich eine Äußerung der CDU-Politikerin Franziska Hoppermann. Sie erklärte Anfang August 2026:

„Für die CDU Deutschlands ganz klar: Es gibt keinen Völkermord in Gaza, wir stehen an der Seite Israels und der Ukraine im Kampf gegen den Terror und Aggression.“

Kein Völkermord. Punkt.

Ein mit fragwürdiger Gewissheit ausgesprochener dümmlicher Satz angesichts der Tatsache, dass die juristische Bewertung dieser Frage Gegenstand internationaler Verfahren und heftiger völkerrechtlicher Auseinandersetzungen ist. Und dann folgt wieder dieser Satz:

„Wir stehen an der Seite Israels.“

Aber an wessen Seite? An der Seite der Menschen in Tel Aviv, die gegen ihre eigene Regierung demonstrieren? An der Seite der Angehörigen israelischer Geiseln? Oder an der Seite einer Regierung, in der Minister sitzen, deren Aussagen ich zuvor dokumentiert habe? Das ist nicht dasselbe.

Und Benjamin Netanjahu?

Besonders deutlich wird der deutsche Spagat beim israelischen Ministerpräsidenten. Gegen Benjamin Netanjahu besteht seit November 2024 ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs. Deutschland ist Vertragsstaat des Römischen Statuts und gehört damit zu den Staaten, auf deren Unterstützung der Gerichtshof angewiesen ist.

Friedrich Merz hatte dennoch bereits nach seinem Wahlsieg 2025 deutlich gemacht, Netanjahu müsse Deutschland besuchen können. Bei seinem Israel-Besuch im Dezember 2025 wurde Merz gefragt, ob er Netanjahu trotz des internationalen Haftbefehls nach Deutschland einladen werde. Seine Antwort:

„Wenn es die Zeit erlaubt, dann würde ich gegebenenfalls eine solche Einladung aussprechen.“

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Deutschland beruft sich gerne auf die „regelbasierte internationale Ordnung“. Deutschland unterstützt den Internationalen Strafgerichtshof. Deutschland fordert andere Staaten auf, internationales Recht einzuhalten. Und beim israelischen Ministerpräsidenten? Da wird darüber nachgedacht, ihn nach

Deutschland einzuladen. „Regelbasiert“ — solange die Regeln die Richtigen treffen?

Es geht auch anders

Deutschland ist mit seiner Haltung nicht alternativlos. Spanien zeigt das. Die Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez spricht ausdrücklich von einem „Genozid in Gaza“ und hat konkrete Konsequenzen gezogen. Spanien verhängte ein Waffenembargo gegen Israel: Rüstungsgüter dürfen grundsätzlich weder nach Israel exportiert noch aus Israel importiert werden. Zusätzlich verbot Spanien die Einfuhr von Waren, die in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten produziert werden.

Chapeau, Herr Sánchez! Sie nennen in meinen Augen die Dinge beim Namen und ziehen ethisch einwandfreie Konsequenzen — im Gegensatz zur US-amerikanischen oder deutschen Regierung. Lassen Sie sich nicht einschüchtern!

Das Beispiel Spanien zeigt: Historische Verantwortung und politische Freundschaft schließen Konsequenzen nicht aus.

An wessen Seite steht Deutschland?

Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung. Darüber gibt es für mich nichts zu diskutieren. Aus der deutschen Geschichte erwächst die Verpflichtung, jüdisches Leben zu schützen und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Aber bedeutet historische Verantwortung politische Gefolgschaft gegenüber jeder israelischen Regierung? Ist Solidarität mit Israel dasselbe wie Solidarität mit Benjamin Netanjahu, Itamar Ben-Gvir oder Bezalel Smotrich? Kann man für das Existenzrecht und die

Sicherheit Israels eintreten und gleichzeitig die Politik seiner Regierung entschieden verurteilen?

Natürlich kann man das. Man muss es.

Kritik an der israelischen Regierung ist keine Kritik an Juden. Israel ist nicht Netanjahu. Das Judentum ist nicht die israelische Regierung. Wer diese Unterschiede verwischt, verhindert eine sachliche Auseinandersetzung.

Deutschland muss sich entscheiden, was seine viel beschworene historische Verantwortung im 21. Jahrhundert bedeutet.

Bedingungslose Gefolgschaft kann es nicht sein. Die Frage lautet deshalb nicht, ob Deutschland an der Seite Israels stehen sollte. Die Frage lautet: An wessen Seite sollte Deutschland stehen?

An der Seite des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Menschen, deren Leben es zu schützen gilt!

Nicht die Nationalität eines Menschen entscheidet darüber, ob sein Leben schützenswert ist. Nicht seine Religion. Nicht, ob er Israeli oder Palästinenser ist. Ein israelisches Kind ist nicht mehr wert als ein palästinensisches. Ein palästinensisches Kind nicht mehr als ein israelisches. Wer „Nie wieder“ ernst meint, sollte daraus eine universelle Lehre ziehen:

Nie wieder muss für alle gelten.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.